



## **Antrag**

—

Fraktion AfD

### **Queere Propaganda spaltet - Olympia muss verbinden**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag missbilligt gegenüber dem Internationalen Olympischen Komitee und dem Nationalen Olympischen Komitee die inhaltliche Konzeption der Eröffnungsfeier der Olympischen Sommerspiele 2024 in Paris und fordert beide Gremien auf, bei künftigen Eröffnungs- und Abschlussfeiern und Zeremonien gegenüber den Organisatoren darauf hinzuwirken, auf Elemente zu verzichten, die geeignet sind, religiöse Überzeugungen zu verletzen und so den Völkern und Kulturen verbindenden olympischen Gedanken zu beschädigen.

### **Begründung**

Im Rahmen der Choreografie der Eröffnungsfeier der kürzlich beendeten 33. Olympischen Sommerspiele in Paris kam es am 26. Juli 2024 zu einem Auftritt von Transgender-Personen, die in parodierender und anstößiger Weise das letzte Abendmahl Christi in Form einer Party und Modenschau dargestellt haben.

Der Auftritt wurde von kirchlicher Seite vehement kritisiert. Der vatikanische Kurienerzbischof Vincenzo Paglia sprach von einer „blasphemischen Verspottung eines der heiligsten Momente des Christentums“. Neben der französischen Bischofskonferenz bezeichnete auch der Sportbischof der Deutschen Bischofskonferenz Stefan Oster das queere Abendmahl als „Tiefpunkt“. Abseits der religiös-christlich begründeten Kritik ist zu berücksichtigen, dass ein „woker“ Auftritt von Transgender-Personen von anderen Kulturkreisen als provokativ empfunden wird.

Das Internationale Olympische Komitee ist der Hüter des olympischen Gedankens, der nach der Olympischen Charta mit der Verhöhnung von Religion unvereinbar ist. Gegenüber Organisationskomitee und Choreografen hätte das Internationale Olympische Komitee im Vorfeld inhaltlich eingreifen können und müssen. Bei entsprechendem Druck des Internationalen Olympischen Komitees wäre es nicht zu der blasphemischen Varieté-Show gekommen. Das deutsche Nationale Olympische Komitee kann bei Konferenzen des Internationalen Olympischen Komitees auf die Beachtung kultureller Sensibilitäten drängen.

Ulrich Siegmund  
Fraktionsvorsitz